

DIE WIRTSCHAFTSKRISE BRINGT DIE GEWERKSCHAFTEN IN GEFAHR! WO IST DER AUSWEG?

Die Wirtschaftskrise in der Bundesrepublik hält an. Nach wie vor gibt es eine Million Arbeitslose. Die Zahl der Arbeitsplätze geht weiter zurück, allein in der Bauindustrie in einem Jahr um rund 150000. Statt Menschen übernehmen Maschinen die Produktion. Das verschärft die Krise noch, weil unsere Kaufkraft sinkt, Kapazität bzw. Produktion aber wächst. Arbeits- und Lohnbedingungen der arbeitenden Bevölkerung verschlechtern sich, die Lebenshaltung wird ständig teurer. Die nun schon seit Jahren von Politikern, Gewerkschaftsführern usw. herbeigewünschten "besseren Zeiten" stellen sich nicht ein.

Diese Entwicklung der "sozialen Marktwirtschaft" stellt die Gewerkschaften in der BRD nach Jahren der Hochkonjunktur und des Arbeitskräftemangels vor bislang unbekannte, schwere Probleme. Ihr Überleben hängt davon ab, daß sie einen Ausweg aus den Mißständen finden, der die Lebensinteressen der Werktätigen auf die Dauer sichert.

Die IG Druck und Papier hatte im Frühjahr mit einem mehrwöchigen Streik versucht, der andauernden Verschlechterung der Lebenslage der Druckereiarbeiter einen Riegel vorzuschieben. Bei Beginn des Kampfes brachte die Mitgliedschaft ihrer Führung einen großen Vertrauensvorschuß entgegen - trotz aller vorangegangenen Meinungsverschiedenheiten, Auseinandersetzungen und schlechten Erfahrungen. Der Kampfwille der Kollegen entfaltete sich angesichts der als Provokation empfundenen Aussperrung durch die Unternehmer in einem Maß wie in keiner anderen Gewerkschaft in den letzten Jahren. Auch Unorganisierte wurden davon erfaßt.

In Hamburg, dem größten Ortsverein in der IG Druck und Papier, haben die Leitung des Streiks durch Bezirks- und Hauptvorstand und der Abschluß viele Mitglieder enttäuscht. Ihr Vertrauen wurde erschüttert. Eine offene Aussprache mit den Mitgliedern über Fehler und Schwächen, die im Streik zutage getreten waren, wurde zwar versprochen, fand aber nicht statt. Stattdessen wurden einige Streikbrecher aus der Gewerkschaft ausgeschlossen, aber auch Kollegen, die im Streik ihren Mann gestanden hatten, dem Vorstand jedoch kritisch gegenüberstanden. Der Versuch des Hamburger Vorstandes, das Vertrauensverhältnis zur Mitgliedschaft auf diese Weise wiederherzustellen, ist gescheitert. Kritiker mundtot zu machen, ist keine Antwort auf die Probleme, die vor unserer Gewerkschaft stehen.

In der Führung unserer Organisation herrscht Ratlosigkeit über die Lehren des Streiks. Der Vorstand in Hamburg, der auch dem Bezirk Nordmark vorsteht, versuchte, die zentrale Streikleitung zum Sündenbock zu machen. So überließ er es auf einer Mitgliederversammlung dem IG Druck-Vorsitzenden Mahlein, Strategie und Taktik der Führung zu rechtfertigen (Aussetzung des Streiks und Rücknahme des Vollstreiks). Er selbst wollte sich - im Gegensatz zu den Tatsachen - mit Lorbeern schmücken:

WIR in der Nordmark hätten es besser gemacht. Er wollte vergessen machen, daß auch er am Ende seines Lateins gewesen war und den Streikenden (bis auf die Kollegen bei Springer und Auer) empfohlen hatte, noch vor Beendigung der Auseinandersetzung in die Betriebe zurückzugehen. Das Nein der Mitglieder - ob sozialdemokratisch, kommunistisch oder politisch unorganisiert - verhinderte dieses schmachliche Ende. Wer also ist: WIR in der Nordmark?

Angesichts der wirtschaftlichen Krise und dem Versagen der bisherigen gewerkschaftlichen Methoden breitet sich unter der Mitgliedschaft der IG Druck und Papier Resignation aus. In der Organisation selbst häufen sich die Mißstände. Wir halten es für notwendig, daß darüber offen gesprochen wird - unter Einbeziehung größerer Teile der Mitgliedschaft als bisher. Andernfalls wird der Organisation Schaden zugefügt. Im folgenden geben wir einen Überblick über die wichtigsten Ereignisse im Hamburger Ortsverein seit dem Streik.

DAS GEWERKSCHAFTSBUCH ALS KAPITALANLAGE

Die IG Druck hatte bislang bei der arbeitenden Bevölkerung, soweit sie gewerkschaftlich organisiert ist, den Ruf, die höchsten Beiträge zu verlangen, aber auch die höchsten Leistungen zu bieten (Arbeitslosen-, Krankenunterstützung, Invaliden-, Sterbegeld u. a.). Sie hat sich dafür einen Apparat aufgebaut, der Beitragskassierung und Leistungsgewährung rein technisch regelt wie eine Versicherung. Dies erweist sich jetzt als Hemmnis und offenbart die Handlungsunfähigkeit der Organisation. Wo es notwendig wird, in engeren Kontakt mit den Mitgliedern zu kommen, da rächt sich der Glaube der Gewerkschaftsführung, auf die aktive, d. h. kritische Mitwirkung der Mitglieder verzichten zu können. Unter den heutigen Bedingungen kann sich eine Gewerkschaft nicht mehr behaupten, wenn sie sich allein auf Verwaltungsangestellte oder gar Karrieremacher stützt, die das Gewerkschaftsbuch als Sprungbrett für irgendwelche Posten mißbrauchen.

UNWILLE GEGEN SONDERBEITRAG

Der erweiterte Hauptvorstand der IG Druck hat nach dem Streik beschlossen, einmalig einen 1/3. Monatsbeitrag zu erheben, um Geld in die Streikkasse zu bekommen. Dies geschah ohne Befragung und Diskussion der Mitgliedschaft. Aufgrund von Protesten erklärt die Gewerkschaftsführung nun unentwegt, daß ihr Beschluß satzungsgemäß sei. Sie übersieht dabei jedoch, daß die Satzung nicht den gewerkschaftlichen Erfordernissen entspricht. Viele Mitglieder nahmen bislang nur unwillig von der Entscheidung des Hauptvorstandes Kenntnis bzw. lehnen sie ab. Das ist die Folge davon, daß die Mitglieder jahrzehntelang nicht in die gewerkschaftliche Tätigkeit einbezogen waren. Sie waren Beitragszahler, die mit dem Versprechen geworben wurden, daß sich ihr Geld bei der Gewerkschaft besser verzinsse als auf der Bank. Inzwischen jedoch sind reale Lohnerhöhungen kaum noch drin, und auch die gewerkschaftlichen Leistungen

werden eingeschränkt.

Ein anderer Teil der Kollegen - vor allem solche, die regelmäßig auf die Versammlungen kommen - sperrt sich gegen den Sonderbeitrag, weil er unter Ausschaltung der Mitgliedschaft beschlossen wurde. Mit "Befehlen von oben" können Interesse und Einsatzbereitschaft nicht geweckt werden. Die Einbeziehung größerer Teile der Mitgliedschaft wird angesichts der sich vor den Gewerkschaften auftürmenden Probleme immer dringender und ist heute auch eher möglich als im "Wirtschaftswunder".

Der Vorstand des Hamburger Ortsvereins hat zusätzlich zu den Aufrufen in der Gewerkschaftszeitung (die nur wenige Mitglieder lesen) und im Mitteilungsblatt der Nordmark persönliche Briefe an die Mitglieder verschickt, in denen es heißt: *"Nun unsere herzliche Bitte: Da im Betrieb kein ehrenamtlicher Kassierer ist, kann der Sonderbeitrag...wie folgt bezahlt werden..."* Das Ergebnis der "herzlichen Bitte", die übrigens weit über 1000 Mark gekostet haben muß, kann nicht ermunternd gewesen sein. Der Unterzeichner des Briefes, Ortsvereinsvorsitzender Wolf, stellte am 8. 11. 1976 auf einer Delegiertenversammlung fest: Das Verhalten der Mitgliedschaft sei ihm unverständlich. Die Organisation müsse doch wieder handlungsfähig werden! Kurz zuvor hatte der Kollege im Mitteilungsblatt geschrieben: *"Überall dort, wo die Argumente für den Beschluß des erweiterten Hauptvorstandes vorgetragen wurden, war man sich bald über die Notwendigkeit einig..."* Dieser Widerspruch ist das indirekte Eingeständnis, daß der geschäftsführende Vorstand nur noch unter großen Schwierigkeiten die große Mehrheit der Kollegen erreichen kann, die bisher nicht am gewerkschaftlichen Leben teilnehmen.

Auf die Frage von Kollegen nach Massenausstritten mußte der Vorstand auf derselben Versammlung erklären, daß bei Gruner & Jahr in Itzehoe u. a. wegen des Sonderbeitrags über 200 Mitglieder ausgetreten seien (Wieviele Austritte gab es in anderen Ortsvereinen? Wiegen sie die Eintritte nach dem Streik - rund 4000 - wieder auf?). Schon im Streik hatte sich gezeigt: Was die Kollegen in den Betrieben an Arbeit unter den Unorganisierten leisteten, wurde von der Führung der Gewerkschaft zum Teil wieder zunichte gemacht. Mitglieder auszuschließen aufgrund der undemokratischen Abgrenzungsbeschlüsse des DGB und neue Mitglieder durch arrogante Behandlung abzustoßen, ist leichter, als neue Mitglieder zu gewinnen.

DELEGIERTE WOLLEN SICH MITGLIEDERN NICHT STELLEN

Ein Ansatz zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen Mitgliedern und Führung kam von den Vertrauensleuten der Springer-Druckerei in Hamburg. Sie hatten beantragt, eine Mitgliederversammlung als höchstes gewerkschaftliches Organ solle den augenblicklichen Status des Delegiertensystems überprüfen. Der Antrag wurde auf der Delegiertenversammlung am 8. 11. mit 5 Stimmen Mehrheit abgelehnt. Seine Gegner befürchteten offenbar, daß die Mitgliederversammlung in dieser Frage anders entscheiden könnte, als sie es wünschten. Warum scheuten sie sonst davor zurück, sie

demokratisch den Mitgliedern vorzutragen? So erwies sich das angeblich demokratische Delegiertensystem (mit seinen Extrarechten für "besondere" Mitglieder) und die darauf begründete Delegiertenversammlung als undemokratisch. Der Kollege Wolf prägte dafür den Begriff der "repräsentativen Demokratie". Das bedeutet ja wohl, daß sie eine besondere Demokratie zum Zwecke der Repräsentation ist, d. h. zum Vorzeigen nach außen (und zum Verbergen nach innen).

Es war schon vor der Versammlung bekannt, daß besonders der 2. Vorsitzende Metzinger Delegierte zum Versammlungsbesuch mobilisierte, mit deren Hilfe die "Gefahr" des Springer-Antrages gebannt werden sollte. Der Landesbezirksvorstand (immer noch in Personalunion mit dem geschäftsführenden Ortsvereinsvorstand) hatte im Mitteilungsblatt von Oktober nicht etwa den Antragstellern, sondern nur den Antragsgegnern das Wort gegeben. Da es im Ortsverein in den letzten Jahren üblich geworden ist, daß allein der Kollege Wolf in wichtigen Fragen die Auffassungen des Vorstandes begründet, war es nicht verwunderlich, daß dies auch im Mitteilungsblatt geschah. Das ist "repräsentative Demokratie"!

Wir machen dem 2. Vorsitzenden und Funktionär der AFA (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD), Metzinger, oder einem seiner engeren Freunde keinen Vorwurf daraus, daß sie ihre Anhänger zu den Delegiertenversammlungen mobilisieren entgegen ihrer eigenen Forderung, die Meinungsbildung der Delegiertenversammlung zu überlassen. Zurückgewiesen werden müssen allerdings die Methoden, die Kollegen wie Metzinger im Umgang mit andersdenkenden Mitgliedern anwenden, um sie an die Wand zu drücken. Wir kritisieren auch die Mitglieder und Delegierten, die zwar den gegenwärtigen Status des Delegiertensystems für undemokratisch halten, aber nicht zu dieser Versammlung gekommen sind und damit die Kollegen von Springer im Stich gelassen haben. Von über 400 Delegierten waren nur etwas mehr als 180 anwesend. Die Mehrheit der Versammlung bestand aus nicht abstimmungsberechtigten Mitgliedern aus den Betrieben.

DELEGIERTENSYSTEM WIRD DEN AUFGABEN NICHT GERECHT

Die Springer-Kollegen sind im Streik - das kann ohne Übertreibung gesagt werden - das Rückgrat der Organisation in Hamburg gewesen. Die Nachricht, die Maschinen bei Springer stehen, wirkte wie ein Signal für die Kollegen aller anderen Betriebe, daß es nun ernst wurde. Die Springer-Belegschaft gab der übrigen Kollegenschaft die entscheidende Kampfkraft und rief die notwendige Aufmerksamkeit in der Arbeiteröffentlichkeit hervor. Ohne sie wären die Kollegen der anderen Betriebe auf der Strecke geblieben, vor allem, wenn sie sich nur auf die Delegiertenversammlung, wie sie heute existiert, hätten stützen können. Deswegen haben die Kollegen der anderen großen und kleinen Betriebe in Hamburg im Streik nach der Abmachung gehandelt: Geschlossen haben wir den Kampf aufgenommen, wir brechen ihn nur gemeinsam ab. Die Organisationsleitung und die Delegiertenversammlung sollten also einem Antrag,

der von dieser Seite kommt, mehr Beachtung schenken als ihn mit einer sehr, sehr knappen Mehrheit niederzustimmen (mehrere Springer-Kollegen verließen vor der Abstimmung die Versammlung, da sie an einer dringenden Betriebsratssitzung teilnehmen müßten). Diese "Mehrheit" setzte sich zudem größtenteils zusammen aus Gewerkschaftsangestellten, hauptamtlichen Funktionären, leitenden Angestellten (wie Volgemann), Delegierten kraft Amtes, d. h. nichtgewählten Delegierten, und pensionierten Kollegen. Sind sie mit diesem "Sieg" zufrieden? Glauben sie wirklich, auf die Dauer die gewerkschaftlichen Probleme lösen zu können, indem die aktiven Betriebskollegen mit knapper Mehrheit repräsentativ-demokratisch niedergestimmt werden? Es gehört wohl auch zur "repräsentativen Demokratie", daß Kollegen, die aus Alters- oder Krankheitsgründen pensioniert sind, die Gewerkschaftsversammlungen selten besuchen und den Kollegen an der "Front" kaum wirkliche Hilfe leisten können, zur Stimmabgabe herangeholt werden gegen die Mitglieder aus den Betrieben. Die pensionierten Kollegen haben ihre Vorstellungen über die gewerkschaftliche Tätigkeit größtenteils aus der Zeit des "Wirtschaftswunders" und der Sozialpartnerschaft, als Unternehmer und Arbeiter noch friedlich-schiedlich miteinander auskamen. Aber die Hochkonjunktur ist längst vorbei ebenso wie die Sozialpartnerschaft. Auch deshalb genügt die jetzige Zusammensetzung der Delegiertenversammlung und die Handhabung der gewerkschaftlichen Organisation in ständiger Konfrontation gegen jede kritische Stimme und jeden kritischen Antrag aus der Mitgliedschaft nicht mehr den Existenzbedingungen der Organisation.

STREIKBRUCH BEI AUER NOCH IMMER UNGEKLÄRT

Mit welcher Schamlosigkeit Managertypen in unserer Organisation ihr Geschäft betreiben, kam auf der Versammlung am 8. 11. andeutungsweise zum Vorschein. Die Streikbruchausgabe der "Morgenpost" (verschämt wird sie von manchen als "Notausgabe" bezeichnet), hergestellt in der Auer-Druckerei, belastet offenbar einige Leute. Sie versuchen, für diese schmutzige Affäre immer neue Kollegenkreise, die sich im Streik absolut solidarisch und kollegial verhielten, verantwortlich zu machen. Erst wurde versucht, die Setzer und Drucker der Auer-Druckerei in den Schmutz zu ziehen. Sie waren es in Wirklichkeit gar nicht, sondern es ist buchstäblich hinter ihrem Rücken und gegen ihren Willen geschehen. Dann hieß es: Nichtmitglieder unserer Organisation hätten die Streikbruchausgabe herausgebracht. Schließlich kam der Auer-Betriebsratsvorsitzende Heinemann (ehemaliger AFA-Vorsitzender) und erzählte uns die Story, daß die Streikbruchausgabe in Bremen gesetzt worden und der Rest von leitenden Angestellten bei Auer erledigt worden sei. Diese Version wurde von der AFA in verschiedenen Presseerzeugnissen breitgetreten. Die Bremer Kollegen haben sich inzwischen dagegen zur Wehr gesetzt, daß sie in diesen Sumpf hineingezogen werden. Was kommt jetzt noch alles auf den Tisch an Verschleierversuchen und Spekulationen, ehe wir die Wahrheit erfahren?

Wir erwarten, daß der Ausschuß, der die Vorgänge bei der "Morgenpost" untersuchen soll, bald Bericht gibt, was er erkundet hat. Nicht weil wir ausschlußwütig sind, sondern weil vielleicht hohe Funktionäre unserer Gewerkschaft (wie die AfA meint: leitende Angestellte?) dadurch gedeckt werden sollen oder sich schützen, daß sie ihre Komplizenschaft mit den Unternehmern im Streik auf völlig integere Kollegen abzuwimmeln versuchen. Wir wissen, daß bei Auer-Kollegen der Widerstand gegen den 13. Monatsbeitrag groß ist und viele mit Austritt gedroht haben. Das ist eine Folge davon, daß in ihrem Betrieb Streikbrecher geschützt werden und die Gewerkschaft die Angelegenheit bisher nicht geklärt hat. Es muß gefragt werden: Wie lange wollen die Delegierten und Mitglieder, besonders aber auch die AfA-Kollegen, diesen Zustand noch dulden?

ARMUTSZEUGNIS: VORSTAND RUFT GERICHT AN

Parallelen zu den Vorgängen bei Auer weist ein Fall auf, den Kollegen der Grafischen Jugend auf der Versammlung im November berichteten:

Ein Mitglied der Jugendgruppe der IG Druck kandidierte im Frühjahr 1976 zum Jugendvertreter bei der Firma Lehmann und Hildebrandt (L+H) in Hamburg. Ein anderer Kollege von L+H, ebenfalls Mitglied der Jugendgruppe, wurde im Einvernehmen von Betriebsrat und Gewerkschaftsvorstand zum Vertrauensmann bestimmt. In der Folgezeit führten die beiden Kollegen all ihre Aktivitäten mit Unterstützung und auf Drängen eines Ortsvereinssekretärs durch. So wurde von ihnen u.a. gefordert, daß eine offene Diskussion über die geplante Schließung der Hausdruckerei durchgeführt würde, damit die Kollegen nicht in ständiger Unruhe lebten.

Der Betriebsratsvorsitzende von L+H, Frosch, Vertreter der Papierverarbeitung im Ortsvereinsvorstand, der auf Abteilungs- und Betriebsversammlungen die Geschäftsberichte der Firmenleitung hält, sah sich plötzlich anderen gewerkschaftlichen Auffassungen gegenüber. Er warf den jungen Kollegen Knüppel zwischen die Beine, wo er nur konnte. Nicht nur, daß er eine unorganisierte Kollegin bei ihrer Wahl zur Jugendvertreterin unterstützte, er bot ihr sogar innerbetriebliche Schulungen an, damit sie das Amt auszuführen vermochte. Die Kollegin erwies sich aber als ungeeignet und trat nach Aufforderung des Vertrauensmannes zurück. Zur selben Zeit wurden zwei junge Kollegen mit Zustimmung des Betriebsrates gekündigt ("Jemand muß ja den Anfang machen"). Die Kündigung des einen Kollegen mußte jedoch zurückgenommen werden, weil er aus der Kandidatur zum Jugendvertreter noch Kündigungsschutz hatte. Er kandidierte erneut zum Jugendvertreter, seine Kandidatur wurde sogar schriftlich von der zurückgetretenen unorganisierten Jugendvertreterin unterstützt. Nun unterstellte aber der mehrheitlich organisierte Betriebsrat dem Vertrauensmann, er hätte die Jugendvertreterin genötigt. Die beiden Mitglieder wandten sich wie bisher immer an den Gewerkschaftsvorstand, damit dieser vermitteln sollte.

Was tat der Vorstand? Kollege Wolf erklärte auf der Versammlung, die IG Druck habe die Entscheidung einem unabhängigen Gericht zur Feststellung der Rechtslage überlassen.

So "handlungsfähig" ist unsere Organisation geworden, daß sie junge Kollegen, die sich für die Gewerkschaft einsetzen, nicht selbst gegen Vorstandsmitglieder, die Unorganisierte unterstützen, verteidigen kann. Das überträgt er Gerichten, die Gewerkschaftsproblemen völlig fremd und zum Teil ablehnend gegenüberstehen. Sollen diese Gerichte die Auseinandersetzungen führen, die nur unter uns geführt werden können und müssen? Sollen wir etwa von ihnen erwarten, daß sie diejenigen zur Rechenschaft ziehen, die in unserer Organisation Funktionen bekleiden und sich nicht scheuen, mit Unternehmern zusammenzugehen gegen junge Kollegen, die eine andere Auffassung von Gewerkschaft haben als sie selber?

Aber dieser Fall sollte damit noch nicht abgeschlossen sein. Den ersten Kündigungen folgten ein paar Wochen später weitere elf. Darunter der Kollege, dessen erste Kündigung zurückgezogen werden mußte - inzwischen war nämlich die Zeit des Kündigungsschutzes abgelaufen. Dieser Kollege wurde bis zum Ablauf der Kündigungsfrist beurlaubt. Der Betriebsrat hatte den Kündigungen mit sechs gegen zwei Stimmen zugestimmt. Der Kollege beantragte bei der Gewerkschaft Rechtsschutz, der ihm auch bewilligt wurde.

Ein Kollege, der auf der Versammlung für die Jugendgruppe sprach, sagte, daß der Kollege von L+H seit langem in der Jugendgruppe mitarbeite und dort als guter, verlässlicher Kollege bekannt sei. Deshalb verstehe er es nicht, daß der Vorstand nicht in der Lage sei oder zögere, den Betriebsratsvorsitzenden Frosch zur Rechenschaft zu ziehen. Der Kollege warf die Frage auf, wie es unter diesen Umständen gelingen solle, Jugendliche für die Organisation zu gewinnen.

Darauf entgegnete der erste Vorsitzende, daß es in diesem Fall zwei Fronten gebe. Die eine sei der gewerkschaftlich organisierte Betriebsrat und die andere die Jugendgruppe um den gekündigten Kollegen. Es sei erst noch zu prüfen, welche Seite Recht habe und wie der wirkliche Sachverhalt sei. Dies sei bei dem Rücktritt der Jugendvertreterin und bei der Kündigung des Kollegen Aufgabe der Gerichte. Dies sei schon deshalb notwendig, weil der Vorstand keine Zeugenanhörung durchführen könne - das könne nur ein Gericht.

Was soll das heißen? Daß es nicht möglich ist, dies in der Gewerkschaft zu klären? Mit wem sollen die Probleme bewältigt werden, mit wem will Kollege Wolf die Forderungen zu den Anhängen des Manteltarifvertrages gegenüber den Unternehmern vertreten und durchsetzen, wenn nicht mit den aktiven Kollegen, die auf die Versammlungen kommen und sich den Aufgaben im Betrieb stellen - mit den Gerichten? Oder soll hier wieder etwas vertuscht werden?

Das, was der Kollege von der Jugendgruppe über die Jugendlichen gesagt hat, trifft den Kern. Wie sollen unter diesen Umständen die Jugendlichen, die infolge der Wirt-

schaftskrise in schwere Gefahr geraten sind, für die Organisation gewonnen werden? Wenn es nicht möglich wird, daß wir uns mit denjenigen in der Organisation auseinandersetzen, die ihre gewerkschaftlichen Funktionen mißbrauchen oder sogar bereit sind, mit den Unternehmern zusammenzugehen gegen junge, aktive Kollegen, dann verliert die Gewerkschaft ihren Inhalt.

STATT KONFRONTATION ZUSAMMENARBEIT

Welche Schlußfolgerungen können wir aus all diesen Tatsachen und Vorkommnissen ziehen? Es ist notwendig, unser gewerkschaftliches Leben zu erneuern. Wir sind bereit, mit all denen, die die Gewerkschaft höher stellen als ihre politische Partei oder Vereinigung, die Arbeit für die Erneuerung aufzunehmen. Ja, wir sind bereit - wie im Streik -, mit dem Kollegen Wolf zusammenzuarbeiten, mit den Kollegen der AfA, der DKP und allen, die dabei mithelfen wollen. Im Wege stehen uns diejenigen, die die Gewerkschaften für persönliche Vorteile mißbrauchen wollen und die unsaubere Methoden anwenden, um ihre Machtpositionen gegen Mitglieder zu behaupten. Die Zukunft verlangt, statt der Konfrontation in der Organisation die Zusammenarbeit gegen Unternehmerangriffe. Diese notwendige Zusammenarbeit ist weder herzustellen durch Ausschlüsse von undisziplinierten linken Kollegen noch durch Vertuschen der Probleme während des Streiks und danach. Ein neuer Anfang ist in unserer Gewerkschaft notwendig. Dieser kann ohne das stetig wachsende Vertrauen der Mitglieder und ihre aktive Unterstützung der Organisation nicht möglich sein. Sind wir dazu fähig oder wollen wir teilnahmslos zusehen, wie es mit der Organisation bergab geht?